

Abg. Rehlinger (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die humanitäre wie auch atomare Katastrophe in Japan geht in diesen Tagen an niemandem spurlos vorbei, auch an uns nicht, wie wir heute in den Debattenbeiträgen erfahren durften, auch nicht an den Menschen in unserem Land. Dabei blicken die Saarländerinnen und Saarländer nicht nur mit Mitgefühl auf das 9.000 Kilometer entfernte Japan, sie blicken vor allem auch mit Sorge nach Frankreich auf das nur 12 Kilometer von der Grenze entfernte Cattenom.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bedrohung durch das Atomkraftwerk Cattenom nicht nur als eine abstrakte, sondern auch als eine ganz reale Bedrohung, direkt vor ihrer Haustür, wahr. Heiko Maas hat eben auf die Zwischenfälle hingewiesen, 60 Zwischenfälle in den beiden letzten Jahren, nicht nur Zwischenfälle, die man mit leichter Hand abtun kann, unter anderem erhöhte Radioaktivität im Kühlkreislauf, Ableitung von leicht radioaktivem Wasser in die Mosel und und und. Das alles zeigt: Das Kernkraftwerk Cattenom ist ein Sicherheitsrisiko und muss daher vorzeitig abgeschaltet werden. Das ist mir auch als Abgeordneter der Region ein Anliegen. Ich bin froh, wenn heute von dieser Debatte aus ein Signal in den Landkreis Merzig-Wadern geht, aber auch in das gesamte Land.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Am Beispiel Cattenom wird deutlich, dass das Bemühen um einen Atomausstieg nicht nur an nationalen Grenzen haltmachen darf, sondern eine europäische Debatte werden muss. Hier muss sich die saarländische Landesregierung, hier muss sich der saarländische Landtag der besonderen Rolle und Funktion bewusst sein, die wir als Saarland in Europa, aber auch in der Großregion innehaben. Ich meine, dass die Zeit der Beschwichtigungen und Abwiegungen endlich vorbei sein muss. Wir brauchen eine politische Debatte, die die Informationspolitik und die Sicherheitsvorkehrungen sehr wohl mit einbezieht, die aber nicht auf dieser Stufe stehenbleibt, sondern klar festhält, dass wir ein Abschalten dieses Pannereaktors haben wollen. Genau das müssen wir in dieser Deutlichkeit gegenüber unseren französischen Freundinnen und Freunden zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Man kann diese Politik gegenüber den europäischen Nachbarn selbstverständlich nur dann glaubwürdig vertreten, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht. Wenn Deutschland es als Industrienation tatsächlich schaffen würde, im Bereich des Atomausstieges - insbesondere was die Geschwindigkeit angeht - ein Beispiel zu geben, wie etwa mit dem Erneuerbare-

Energien-Gesetz, dann wäre das ein Gewinn für uns alle, in diesem Land, aber auch in Europa und auf der Welt.

Die bisherige Politik der schwarz-gelben Bundesregierung war jedoch - das muss heute leider auch gesagt werden -, zumindest was die Geschwindigkeit angeht, entgegengesetzt ausgerichtet. Es ist gerade mal ein halbes Jahr her, da hatten wir in diesem Hause eine heftige Debatte zu den von der Bundesregierung gerade erst beschlossenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Ich habe Verständnis dafür, dass man möglicherweise an das, was man vor dem Ereignis in Japan gesagt hat, nicht mehr erinnert werden möchte. Ich werde auch darauf verzichten, es heute mit entsprechender Polemik vorzutragen. Trotzdem muss man sicherlich mit der gebotenen Sachlichkeit auf die Fakten hinweisen dürfen, die vor dem Ereignis in Japan stattgefunden haben.

Ich will insbesondere auch darauf hinweisen, dass ich damals schon erklärt habe, dass ich es für unverantwortlich halte, einen solchen Beschluss auf den Weg zu bringen, und zwar damals schon mit dem Hinweis auf die mit den Technologien verbundenen Risiken. Damals, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde mir allerdings noch seitens der CDU vorgehalten, ich würde ein Horrorszenario aufzeigen. Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dieses Horrorszenario von gestern traurige Realität von heute. Das sollte uns ausreichend Warnung und Mahnung für die Zukunft sein.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Bei allen übereinstimmenden und erfreulichen Erklärungen zum Ausstieg aus der Atomenergie muss man dennoch die konkrete Vorgehensweise der Bundesregierung kritisch begleiten. Heiko Maas hat eben schon auf die Zielsetzung des Ethikrates hingewiesen, nämlich einen gesellschaftlichen Kompromiss zu formulieren. Auch hier noch einmal der Hinweis: Diesen gesellschaftlichen Kompromiss gibt es bereits. Wenn die Bundesregierung der Auffassung ist, dass er erst hergestellt werden muss, dann hat sie offensichtlich eine wesentliche gesellschaftliche Entwicklung in diesem Land verpasst. Die Bevölkerung, die Gewerkschaften, Kirchen - alle sind bereits auf diesem Kurs. Das sollte auch die Bundesregierung zur Kenntnis nehmen. Es war lediglich so, dass die Bundesregierung, dass Schwarz-Gelb den gesellschaftlichen Kompromiss mit dem Beschluss zur Verlängerung der Laufzeiten verlassen hat und deshalb jetzt eine Schleife drehen muss.

Gleiches gilt für das dreimonatige Moratorium. Es ist nicht nur problematisch in juristischer Hinsicht, sondern auch argumentativ, wenn die Kanzlerin in ein und derselben Rede sagt, dass die Atomkraftwerke im Land sicher sind, gleichzeitig aber darauf hinweist, dass sie eben doch nicht so sicher sind, so-

(Abg. Rehlinger (SPD))

dass man den Betrieb jetzt für drei Monate stilllegen muss. Das sind möglicherweise alles Hinweise darauf, dass es sich nicht um eine 180-Grad-Wende handelt, sondern um eine 360-Grad-Wende. Die sauberste Lösung wäre natürlich ein neues Atomgesetz. Daran wird sicher auch kein Weg vorbeiführen. Das Problem aus schwarz-gelber Sicht ist natürlich, dass das nur unter Beteiligung der Länder stattfinden kann.

Präsident Ley:

Frau Abgeordnete Rehlinger, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Abg. Rehlinger (SPD):

Dort scheint die Kanzlerin doch erheblich Sorge zu haben, dass Rot und Grün über die Länder versuchen, die Energiepolitik mitzugestalten. Das mag eine Sorge der Kanzlerin sein, die berechtigt ist, eine Sorge der Bürgerinnen und Bürger muss es nicht sein, denn dort war man bereits auf dem richtigen Weg.

Präsident Ley:

Frau Kollegin Rehlinger, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Rehlinger (SPD):

Die Alternativen zum Atomstrom hat Heiko Maas angekündigt und deshalb darf ich dann auch zum Schluss kommen, Herr Präsident. 25 Jahre nach Tschernobyl haben wir mit der Katastrophe in Fukushima eine weitere Mahnung zu verantwortungsvollem Handeln in Sachen Atomenergie erhalten. Dies darf für unsere Politik nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wir müssen alles tun, damit sich eine derartige Katastrophe nicht wiederholt. Die Energiewende muss konsequent vorangetrieben werden. Das atomare Zeitalter muss zu Ende gehen, und zwar jetzt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Abgeordneter Günter Heinrich von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Heinrich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erfreulich an der heutigen Debatte ist, dass sie weitgehend sachlich verlaufen ist. Ich glaube, das ist der Tatsache geschuldet, dass die Kernenergie ihre Blütezeit unter allen Bundesregierungen und der sie tragenden Parteien erlebt hat. Und, Frau Kollegin Rehlinger, dazu gehörte auch die SPD. Die Kernenergie hat ihre Blütezeit erlebt, weil wir von einem geringen Restrisiko ausgegangen sind. Der Begriff Restrisiko

hat mit Fukushima eine völlig neue Dimension erfahren. Deshalb ist es heute nicht despektierlich, eine Position, die der Gewährleistung von Energiesicherheit und von günstigen Energiepreisen geschuldet war, erneut zu überdenken.

Ich darf daran erinnern, dass wir in der Europäischen Union 144 Kernkraftwerke haben, die zum Teil länger als 30 Jahre am Netz sind. Diese haben einen durchweg hohen Sicherheitsstandard, der auch bei den Reaktoren älterer Bauart immer an neue Erkenntnisse angepasst worden ist. Diese Sicherheitsstandards unterliegen bis heute den strengen Kontrollen nach den nuklearrechtlichen Vorschriften. Trotz all dieser Kontrollen, die Beispiele sind eben genannt worden, hat es eine erhebliche Anzahl von meldepflichtigen Vorgängen, insbesondere in Cattenom, gegeben. Wir haben die Ereignisse von Tschernobyl, eine Nuklearkatastrophe, die schlichtweg zu verhindern war. Sie hatte ihre Ursache in einem totalitären System und einem leichtfertigen und fahrlässigen Handeln des Bedienungspersonals. Wir haben nun eine weitere Katastrophe in Fukushima, die ihre Ursache in den Naturgewalten hat. Bei allem Respekt vor dem japanischen Volk und bei allem Respekt vor dem Leid, das die Menschen dort erfahren, aber aus meiner Sicht lässt es sich unter der Rubrik Restrisiko nicht einordnen, ein Kernkraftwerk auf streng erdbebengefährdetem Gebiet zu errichten und von einer Schadensskala von 8 plus auszugehen. Auch dieses Faktum muss einer Bewertung zugänglich gemacht werden.

Trotz dieser Katastrophe gilt es, einen kühlen Kopf zu behalten und wohlüberlegt zu handeln. Deshalb darf ich in Erinnerung rufen, dass es in der Bundesrepublik keine Kernkraftwerke gibt, die auf einem streng erdbebengefährdeten Gebiet stehen. Ein Tsunami ist in der Bundesrepublik so gut wie ausgeschlossen. Gleichwohl sind Risiken wie Terroranschläge oder Flugzeugabsturz geschildert worden, die durchaus möglich sind. Ich räume ein, das Risiko einer solchen Katastrophe - wenn auch vielleicht nur ein einziges Mal in einem Jahrhundert - besteht. Eine solche Katastrophe in einem dicht besiedelten Raum Europas würde ein unvorstellbares Maß an menschlichem Leid mit sich bringen. Meine Damen und Herren, mit Fukushima hat die nukleare Katastrophe ein unvorstellbar grausames Gesicht bekommen. Das Dogma einer beherrschbaren Atomenergietechnik ist widerlegt. Wenn und solange Kernkraft unbeherrschbare Risiken birgt, ist der Ausstieg aus der Kernenergie richtig und er ist auch notwendig.

Aber ebenso richtig ist es, dass wir nicht allein auf dieser Welt sind. Andere Industrie- und Schwellenländer werden diesen Weg mit Sicherheit nicht mitgehen wollen. Deshalb gilt auch hier: Wir haben in vielen technischen Bereichen weltweit eine Füh-